„Eine Ausbildungsplatz-Umlage ist und bleibt ein Instrument von vorgestern"

21.12.22 | Berlin

„Eine Ausbildungsplatz-Umlage ist und bleibt ein Instrument von vorgestern"

Arbeitgeber lehnen Plan von Arbeitssenatorin Kipping ab

Die Arbeitgeber lehnen den Plan von Berlins Arbeitssenatorin Katja Kipping ab, eine Ausbildungsplatz-Umlage einzuführen. „Es ist eine Illusion zu glauben, dass mit einer allgemeinen Ausbildungsplatzumlage ein einziger zusätzlicher betrieblicher Ausbildungsplatz geschaffen werden kann", sagte der stellvertretende UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp.

"Im Gegenteil: Neue Bürokratie, neue Erschwernisse und noch höhere finanzielle Belastungen für die Unternehmen durch eine Umlage würden dem Standort schaden und damit letztlich auch der dualen Ausbildung. Die Ausbildungsplatz-Umlage ist und bleibt ein Instrument von vorgestern."

An den heutigen Herausforderungen in der Fachkräftesicherung – Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, unzureichende Ausstattung der beruflichen Schulen - gehe die Umlage meilenweit vorbei, befand er weiter. "Mehr Schulqualität und eine bessere und frühere

Berufsorientierung wären indes die Rezepte, um den Ausbildungsmarkt fit für morgen zu machen."

Schirp zufolge spricht die Ausbildungsbilanz in der Hauptstadt zudem für sich. "Trotz der drohenden tiefen Krise hat die Wirtschaft zuletzt ihr Ausbildungsangebot laut Bundesagentur für Arbeit um mehr als sieben Prozent gesteigert. 1.500 Plätze davon sind unbesetzt geblieben."

Ohnehin bilde die BA-Statistik nur einen Teil des Berliner Ausbildungsmarktes ab. Viele Firmen meldeten ihre Stellen der BA gar nicht erst. Zudem würden Pflege- und medizinische Berufe, Berufsfachschul-Ausbildungen oder der öffentliche Dienst von der BA gar nicht erfasst. "Fazit: Eine Ausbildungsplatz-Umlage braucht niemand, und sie hilft niemandem.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF